

Antrag

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Carola Ensslen, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Hamburg muss zum sicheren Hafen werden!

Am 10. Juni 2018 wurden die italienischen Häfen auf Geheiß der italienischen Regierung für aus Seenot gerettete Geflüchtete faktisch geschlossen, Malta schloss sich an. Seitdem wurden Rettungsschiffe festgesetzt, Rettungsoperationen behindert, Besatzungen kriminalisiert. Inzwischen sind fast alle Seenotrettungs-NGOs aus dem zentralen Mittelmeer verdrängt. Handelsschiffe fahren, so wird berichtet, an gekenterten Booten und Ertrinkenden vorbei, weil sie fürchten, andernfalls in Italien nicht anlegen zu können. Dem Kommandanten des Küstenwacheschiffes Diciotti, das zehn Tage warten musste, bevor es die Geretteten an Land bringen konnte, droht die Abberufung.

Seit Juni ist die Zahl der Menschen, die auf der zentralen Mittelmeerroute zwischen Libyen und Italien ertranken, stark angestiegen. Allein an einem Tag Anfang September ertranken beim Untergang zweier Boote mehr als 100 Geflüchtete vor der libyschen Küste. Die bevorstehenden Herbststürme drohen die humanitäre Katastrophe weiter zu verschärfen.

Die Pflicht zur Seenotrettung ist in mehreren völkerrechtlichen Verträgen des Internationalen Seerechts niedergelegt. Sie ist ein Gebot der Humanität.

Süditalienische Hafenstädte – Palermo, Messina, Neapel, Trapani, Taranto, Reggio Calabria – haben sich deshalb offen gegen die Regierung gestellt und sich bereit erklärt, ihre Häfen für Schiffe mit aus Seenot geretteten Geflüchteten zu öffnen. Unterstützt werden sie von anderen italienischen Städten wie Mailand, Turin, Livorno und vielen anderen. Auch in Deutschland erklärt sich eine wachsende Zahl von Städten und Kommunen bereit, zur Entschärfung der humanitären Katastrophe gerettete Geflüchtete aufzunehmen, zuletzt Osnabrück, Bremen und Rostock. Und Hamburg?

Hamburg ist europäische Hanse- und Hafenstadt und Sitz des Internationalen Seegerichtshofs. Beides verpflichtet in besonderem Maße, sich für Seenotrettung, gegen den Zivilisationsbruch des Ertrinkenlassens von Menschen und für die Aufnahme Geretteter zu engagieren, um so auch den politischen Druck für eine humanitäre europäische Lösung zu erhöhen.

Daher möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Die Freie und Hansestadt Hamburg verurteilt die Behinderung der Seenotrettung und fordert dazu auf, Geflüchteten den Zugang zu Häfen zu ermöglichen.
2. Die Freie und Hansestadt Hamburg spricht den zivilen Rettern/-innen ihren Respekt aus und fordert ein Ende ihrer Kriminalisierung und Behinderung.

Der Senat wird aufgefordert,

sich zur Aufnahme von im Mittelmeer geretteten Geflüchteten bereitzuerklären und gemeinsam mit den anderen Städten und Gemeinden die Bundesregierung aufzufordern, die Aufnahme zu ermöglichen.